

Hellauer, Erwin

**Article — Digitized Version**

## Die Wiederbelebung der britischen Warenmärkte

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hellauer, Erwin (1953) : Die Wiederbelebung der britischen Warenmärkte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 6, pp. 369-371

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131733>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Die Wiederbelebung der britischen Warenmärkte

Dr. Erwin Hellauer, Wien

Von der Stellung Londons als Zentrum des internationalen Warenhandels, die vor dem ersten Weltkrieg völlig unangefochten war und die auch in der Zwischenkriegszeit noch durchaus erfolgreich behauptet werden konnte, war in den ersten Jahren nach 1945 nicht viel mehr als eine schöne Erinnerung geblieben. Die internationale Handelsvermittlung setzt ein Mindestmaß von Freizügigkeit beim Güter- und Zahlungsverkehr voraus, das im Zeichen der Devisenzwangswirtschaft und des Bulk Buying, also der Zentralisierung des Imports aller wesentlichen Rohstoffe und Lebensmittel in der Hand der britischen Regierung, verlorengegangen war. Die großen Warenmärkte, wie die Metallbörse in London oder die Baumwollbörse in Liverpool, blieben geschlossen. Die auf Regierungsvertrag aus dem Ausland bezogenen Güter wurden vielfach bis zum Letztverbraucher bewirtschaftet, also dem freien Handel selbst im Inlandsverkehr entzogen, von der Möglichkeit einer Weiterlieferung an das Ausland ganz zu schweigen. Lediglich für Schafwolle und Kautschuk hatte man den privaten Import 1946 wiederhergestellt, da beide Rohstoffe schon sehr bald nach Kriegsende reichlich zur Verfügung standen. Mit dieser Ausnahme bestanden also in den ersten Nachkriegsjahren in Großbritannien praktisch überhaupt keine marktmäßigen Rohstoffnotierungen, sondern nur die von der Regierung festgesetzten offiziellen Abgabepreise. Daß solchen Preisen jede internationale Resonanz fehlen mußte, versteht sich von selbst. Eine Zeitlang hatten die britischen Regierungspreise sogar ihrerseits den Anschluß an die Entwicklung in den übrigen Ländern verloren, da das Ministry of Supply einfach von den tatsächlichen Einstandspreisen für die jeweiligen Großabschlüsse ausging und daher Preiskorrekturen nur in größeren Abständen vornahm. Waren die Verarbeiter bei steigender internationaler Preistendenz mit diesem Verfahren durchaus einverstanden gewesen, so änderte sich das freilich in dem Augenblick, in dem die Preiskurve nachhaltig abzufallen begann. Als die Regierung im Sommer 1949 den Beschwerden über das Handicap der britischen Wirtschaft, das sich als Folge der nunmehr überhöhten „historischen“ Rohstoffkosten ergab, schließlich nachgeben mußte, fand sie keine andere Lösung als die, ihre Abgabepreise laufend an die amerikanischen Notizen für die betreffenden Rohstoffe anzupassen.

### ORIENTIERUNG AM USA-MARKT

Die amerikanischen Warenpreise stellten allerdings auch keinen idealen internationalen Maßstab dar, da Außenhandel und Außenhandelsvermittlung für Rechnung dritter Länder in den USA. immer nur eine ver-

hältnismäßig untergeordnete Rolle gespielt haben und die Marktentwicklung in einem viel stärkeren Maße durch den Binnenraum bestimmt wird, als das vor dem Kriege in London der Fall war. Daß man den amerikanischen Preisen mangels eines anderen Richtmaßes den internationalen Führungsanspruch einräumen mußte, bedeutete daher, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung in den USA. auf die Preise der übrigen Welt noch viel unmittelbarer auswirkte, als das ohnedies schon der Fall gewesen wäre. Dazu kam noch, daß — ebenfalls wieder im Gegensatz zu den Gegebenheiten im London der Vorkriegszeit — bei einer Reihe von Welthandelswaren mit einer intensiven Einwirkung der amerikanischen Regierung auf das dortige Preisgefüge gerechnet werden mußte. Die bekannten Stützungsaktionen der öffentlichen Hand zugunsten der amerikanischen Farmer, die sich auf Baumwolle so gut wie auf Getreide und die meisten sonstigen landwirtschaftlichen Produkte erstrecken, verhindern es, daß im Falle der Überproduktion ein Preisausschlag nach unten eintreten kann, der dem Ausschlag nach oben bei Mangellage entsprechen würde, geben also dem Markt ein durchaus künstliches Gepräge. Mit dem Ausbruch des Korea-Krieges nahmen die staatlichen Eingriffe in die Marktsphäre noch erheblich zu. Von der amtlichen Preisfestsetzung für die im Inland erzeugten Rohstoffe bis zum Bulk Buying-System für Rohstoffe, die aus dem Ausland auf Grund eines Importmonopols der Regierung bezogen wurden, von der Exportkontingentierung bis zum Ausfuhrverbot fanden auch in den USA. alle die bekannten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen wieder Anwendung. Da aber in den übrigen Ländern, soweit sie weltwirtschaftlich bedeutsam sind, zu jener Zeit praktisch ebensowenig normale Marktverhältnisse bestanden und die USA. den Größenvorteil für sich hatten, blieb es allenthalben dabei, daß sich die Preisvorstellungen der Welt für die meisten Rohstoffe im wesentlichen nach den amerikanischen Notierungen orientierten. Das bedeutete zwar nicht, daß man die amerikanischen Preise der absoluten Höhe nach übernahm, wohl aber bedeutete es, daß man das Auf und Ab in den USA. in jenem Abstand mitmachte, der sich zwischen den in Dollar und den in weichen Währungen zahlbaren Warenpartien herausgebildet hatte. Diesem Verfahren folgte — wie schon seit dem Sommer 1949 — auch die britische Regierung für ihre Abgabepreise; auf die Ausnahme bei Kautschuk und Wolle wurde bereits hingewiesen. Für Kautschuk hatte der Londoner Markt seine frühere Barometerfunktion wieder übernommen, während für die Schafwollpreise in erster Linie die Ergebnisse der Auk-

tionen in den Hauptzeugungsländern, d. h. also in Australien und Neuseeland, richtungweisend sind. Die Londoner Auktionen, die meist auch zeitlich nachfolgen, haben hier nur zweitrangige Bedeutung.

#### FREIGABE VON ZINN, BAUMWOLLE, BLEI, ZINK

Zu diesen beiden Rohstoffen, die aus dem Handelsmonopol der britischen Regierung herausgenommen waren, trat im November 1949 eines der wichtigsten Metalle, das Zinn. Die Verfechter der Wiederherstellung des privaten Rohstoffhandels in Großbritannien hatten schon seit längerer Zeit mit steigendem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Wiedereröffnung des Londoner Zinnmarktes deshalb unbedenklich sein müsse, weil Zinn, ebenso wie Kautschuk und Wolle, vorzugsweise ein Sterlingartikel ist, so daß also von seiner Freigabe keine Gefahr übermäßiger Devisenabflüsse zu befürchten war, vielmehr sogar zusätzliche Deviseneinnahmen aus der Handelsvermittlung für dritte Länder erwartet werden konnten. Als die damalige Labour-Regierung diesem Drängen schließlich Folge leistete, ergab sich bemerkenswerterweise sofort ein sehr erheblicher Preissturz. Während der letzte offizielle Abgabepreis 750 £ je t betragen hatte, notierte das Zinn bald danach nur mehr knapp 600 £. Dieses Niveau wurde im wesentlichen auch bis zum Ausbruch des Korea-Krieges beibehalten; es entsprach im übrigen durchaus der statistischen Lage des Zinnmarktes, die ein deutliches Überwiegen der Produktion über den Verbrauch anzeigte. Die britische Regierung dagegen hatte ihren Abgabepreis im Inland nicht zuletzt deshalb hochgehalten, weil ihr das als Voraussetzung erschienen war, dem Zinn, einem der wichtigsten Devisenbringer des Commonwealth, einen möglichst hohen Weltmarktpreis zu sichern.

Die nächsten Rohstofffreigaben erfolgten erst nach dem Regierungswechsel und auch dann erst nach einer längeren Wartezeit, die sich mit der besonders krisenhaften Devisensituation in der ersten Periode der Regierung Churchill erklärt. Daß man in der damaligen Lage besonders behutsam vorging, ist insofern begründet, als die wichtigsten Rohstoffe, deren Freigabe noch ausstand, nicht mehr vorzugsweise im Bereich des Sterlingblocks anfielen, sondern zu einem erheblichen Teil gegen Zahlung in Hartdevisen importiert werden mußten. Der erste Schritt, der Anfang September 1952 erfolgte, bestand nur in einer Teilfreigabe. Die Regierung erklärte sich nämlich damit einverstanden, daß jene Verarbeiter von Baumwolle, die bei einer vorangegangenen Befragung dafür optiert hatten, ihren Einfuhrbedarf durch direkten Einkauf im Ausland decken durften; die übrigen Importeure, die ca. 70 % des Importvolumens bestritten, bezogen die Baumwolle weiterhin von der staatlichen Raw Cotton Commission. Im Oktober 1952 erfolgte dann die Überführung der Bleieinfuhr in private Hand, und am 1. Januar 1953 folgte das Zink.

In preislicher Hinsicht ergaben sich bei diesen beiden Metallen annähernd die gleichen Folgen wie bei der Freigabe des Zinns. Beim Blei war die Reaktion sogar noch stärker, denn drei Wochen nach der Wiederaufnahme des privaten Verkehrs lautete die Londoner Bleinotierung nur mehr auf 84 £ je t gegen-

über dem letzten Abgabepreis der Regierung von 131 £. Beim Zinkpreis erfolgte innerhalb von knapp 14 Tagen ein Rückgang von 110 auf 88<sup>3</sup>/<sub>8</sub> £. Auch hier also war die Folge der Marktfreigabe die Korrektur des früher überhöhten Preises.

Nach der Wiederherstellung des privaten Blei- und Zinkhandels in Großbritannien zeigte sich sehr rasch eine Umkehrung der bisherigen Situation, in der die britische Preisregelung ihre Direktiven von der Markttendenz in den USA. bezogen hatte. Obwohl bei diesen Rohstoffen die inländische Produktion der USA. groß genug ist, um einen wesentlichen Einfluß auf den dortigen Markt ausüben zu können, war nun eine Einwirkung der Entwicklung in London auf den amerikanischen Preis festzustellen. London hat sich als der weitaus reagiblere Markt erwiesen, dessen Preisausschläge viel häufiger und viel lebhafter sind als die in den USA. verzeichneten. Die amerikanischen Preisänderungen folgen dabei zeitlich den britischen vielfach in erkennbarer Weise nach. Es hat sich also gezeigt, daß die Londoner Warenmärkte trotz der langen Zeit ihrer Ausschaltung ihr internationales Ansehen nicht verloren hatten und daß sie in dem Augenblick wieder eine Art Leitfunktion übernehmen konnten, in dem sie in die Lage versetzt wurden, echte Preise zu bilden — und zwar wohlgemerkt nicht nur bei den typischen Rohstoffen des britischen Commonwealth. Diese Tatsache war um so bemerkenswerter, als die neuerliche Zulassung des privaten Handels ja nur einen Teilschritt zur Wiederherstellung des wirklich freien Warenverkehrs bedeutete, wie er in dem London der Vorkriegszeit bestanden hatte. Die reglementierenden Vorschriften, die während des Krieges eingeführt wurden, bestehen sowohl auf dem Gebiete des Devisen- als auch auf dem des Warenverkehrs noch weiter, wenn man sich auch bemüht hat, diese Vorschriften mit den Mindestvoraussetzungen für die Abwicklung des internationalen Zwischenhandels in einen gewissen Einklang zu bringen. An sich erscheinen beide Dinge schwer vereinbar, doch ist es gelungen, einen modus vivendi zu finden, der sowohl den Bedürfnissen des Handels wie den Zielen der offiziellen Währungspolitik entspricht.

#### SELBSTKONTROLLE UND SELBSTDISZIPLIN

In der Einfuhrrichtung hat man den Mitgliedern der bekannten Marktorganisationen, wie beispielsweise der Londoner Metal Exchange, Generallizenzen für den Import der freigegebenen Rohstoffe erteilt, ein Schritt, der durch die Selbstdisziplin dieser Organisationen, die überdies nur seriöse Firmen als Mitglieder aufnehmen, zweifellos erleichtert wurde. Die betreffenden Firmen haben damit grundsätzlich das Recht erhalten, jede Menge des betreffenden Rohstoffes aus dem Ausland zu beziehen, wobei ihnen auch in der Wahl der Bezugsländer im allgemeinen freie Hand gelassen wurde. In der Hauptsache verlassen sich die Devisenbehörden darauf, daß die Mitglieder der Warenbörsen die stillschweigende Verpflichtung einhalten, keine Käufe zu tätigen, von denen sie annehmen müssen, daß sie nicht im Sinne der amtlichen Währungspolitik liegen, und daß die Händler vorherige Rückfrage nehmen, wenn in dieser

Hinsicht Zweifel bestehen könnten. Wer freilich einen Rohstoff aus einem Lande bezieht, das eindeutig nicht als handelsübliche Bezugsquelle anzusprechen ist, wird sich auch dann nicht hinter seiner Generallizenz verschanzen können, wenn dieses Land für den betreffenden Rohstoff nicht ausdrücklich auf der „Ausnahmeliste“ steht.

Für den Wiederverkauf ins Ausland sind zum Teil etwas speziellere Vorschriften zu beachten. Die Lizenzpflicht für den Export, die bis zur Marktfreigabe eines Artikels die Norm darzustellen pflegt, ist bei einzelnen Rohstoffen für den Verkauf nach bestimmten Ländern auch weiterhin beibehalten worden. In anderen Fällen begnügt man sich mit gelegentlichen durchaus unformellen Hinweisen — beispielsweise in der Form einer telephonischen Mitteilung an die Börsenleitung — an den Markt über den größeren oder geringeren Grad der Erwünschtheit bedeutender Verkaufsabschlüsse gegenüber gewissen Ländern. Das Maß der damit angestrebten Beschränkungen hängt naturgemäß nicht unwesentlich davon ab, ob es sich um Waren handelt, die weitgehend aus dem Dollarbereich bezogen werden müssen, oder um solche, die ausschließlich gegen Pfund Sterling erworben werden können; man wird also z. B. beim Export von Zink weniger großzügig sein als bei dem von Zinn.

Zur Ergänzung der überwachenden Tätigkeit der Börsenleitungen sind die Händler verpflichtet worden, alle Umsätze in dem betreffenden Rohstoff jeweils immer nur über ein Bankkonto laufen zu lassen, dessen Auszug zusammen mit Aufzeichnungen über die einzelnen Geschäfte der Bank von England in monatlichen Abständen vorzulegen ist. Etwaige Beanstandungen, die sich dabei ergeben, werden den Selbstverwaltungsorganen mitgeteilt, deren Disziplinarmaßnahmen das weitere überlassen bleibt. Solche Beanstandungen sind aber, soweit bekanntgeworden ist, nur in ganz seltenen Fällen erfolgt. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sowohl die Bank von England wie die Händlerkreise selbst von dem Funktionieren dieses recht lockeren Reglementierungsverfahrens durchaus befriedigt sind.

Die britische Regierung, die sich das Ziel der Wiederherstellung der früheren Weltgeltung der britischen Warenmärkte durchaus zu eigen gemacht hat, wurde durch das Ausbleiben der nachteiligen devisa-politischen Folgen, die von den Gegnern der Freigabe seinerzeit vorausgesagt worden waren, in ihrem Entschluß bestärkt, mit den noch verbliebenen Resten des staatlichen Rohstoffhandels so rasch wie möglich aufzuräumen. Die wichtigsten Schritte in dieser Richtung sind die Freigabe des privaten Getreideimports per 1. Mai und die Ankündigung der gleichen Maßnahme für Kupfer zum 5. August d. J. Für ein anderes wichtiges Metall, das Aluminium, schweben die Verhandlungen über die Freigabe derzeit noch. Bezüglich der Baumwolle will man es vorläufig bei dem bisherigen Dualismus von Regierungshandel und privatem Import belassen, doch hat die Regierung für den privaten Bezug deckungsmäßige Erleichterungen zugesagt, die das Fehlen des Terminhandels der Cotton Exchange ausgleichen sollen und die dazu führen dürften, das bisherige Verhältnis von 70 % Regierungs- zu 30 % Privatimporten in der kommenden Saison, d. h. vom August ab, etwa in das Gegenteil zu verkehren.

Die Leitungen der Warenbörsen sind ihrerseits bemüht, durch technische Vorkehrungen die internationale Konkurrenzfähigkeit der britischen Rohstoffmärkte möglichst weitgehend sicherzustellen. Dabei ist man zum Teil über die Vorkriegseinrichtungen hinausgegangen. So wurde am 29. 4. 53 im Wollgeschäft der Terminhandel eingeführt, obwohl man seinerzeit die Typisierungsschwierigkeiten bei diesem Rohstoff als ein Hindernis für den Terminverkehr angesehen hatte. Nachdem aber in New York und Antwerpen ein solcher Handel eingerichtet worden war, wollte London nicht zurückstehen. Natürlich sind sich aber die Beteiligten darüber im klaren, daß alle markttechnischen Verbesserungen nicht die Wirkung haben können, die der Wiederherstellung der vollen Konvertierbarkeit des Pfundes im Warenverkehr und der Aufhebung der quantitativen Handelsbeschränkungen zukommen würde.

## Die landwirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas

Dr. E. Jaska, Ottawa

Die unter Kultur stehende Fläche Lateinamerikas ist im Verhältnis zum Gesamtumfang seines Gebietes außerordentlich gering: nur 5 % der Gesamtfläche von 2,17 Mrd. ha werden landwirtschaftlich genutzt, und nur 3 % dieser Gesamtfläche werden jährlich unter Kultur genommen. Trotzdem ist Lateinamerika eines der bedeutendsten landwirtschaftlichen Gebiete der Welt. Es ist der größte Lieferant von Kaffee, Bananen und Rizinusbohnen und liefert große Mengen Zucker, Kakao und Baumwolle. Angesichts seiner schnell anwachsenden Bevölkerung wird dieses Gebiet auch zu einem immer bedeutenderen Absatzmarkt für die landwirtschaftliche Produktion der Welt.

Meiereiprodukte, Weizen, Schmalz, frische und getrocknete Früchte gelangen in erheblichen Mengen auf diesen Markt.

### ENTWICKLUNG DER PRODUKTION

Trotz der Tatsache, daß die landwirtschaftliche Produktion Lateinamerikas während der Nachkriegsjahre erhebliche Fortschritte erzielt hat, ist die Erzeugung hinter dem Anwachsen der Bevölkerung zurückgeblieben. Die Pro-Kopf-Erzeugung von Feldfrüchten hat in der Zeit von 1946 bis 1949 um 12 % unter dem Vorkriegsstand gelegen, und im Jahre 1952/53 dürfte sie noch um 5 % unter dem Durchschnitt der Jahre 1935—1939 liegen.